

STAAT UND REVOLUTION

In August und September 1917 schrieb Lenin sein staats-theoretisches Hauptwerk „Staat und Revolution“. Es war die Zeit der nahenden proletarischen Revolution, Lenins Anliegen war es, die Staatsfrage als Kernfrage der Revolution theoretisch-ideologisch klarzustellen, das Verhältnis des Proletariats zur Staatsmacht – sowohl zur bürgerlichen wie zur sozialistischen – prinzipiell zu bestimmen.

Aus eingehender Analyse des Staatsdenkens von Marx und Engels sowie aus eigener dialektisch-materieller Untersuchung des Staates in der Geschichte zieht Lenin den Schluss, daß der Staat stets eine Organisation und ein Instrument der Klassenherrschaft, der Klassenmacht ist. Lenin charakterisiert das Wesen des bürgerlich-imperialistischen Staates und formuliert die qualitativen Züge des sozialistischen Staates, begründet seine historische neuartige Qualität. Konsequenz geht er davon aus, daß die Wesenszüge des sozialistischen Staates untrennbar verbunden sind mit der historischen Mission der Arbeiterklasse und den konkret-historischen Bedingungen ihrer Verwirklichung.

Die von ihrer Avantgarde, von der revolutionären Partei geführte Arbeiterklasse hat die „besondere Repressionsgewalt“ der Bourgeoisie gegen das Proletariat abzulösen „durch eine besondere Repressionsgewalt“ des Proletariats gegen die Bourgeoisie (die Diktatur des Proletariats).¹⁾ Und dieses hat die Große Sozialistische Oktoberrevolution mit aller Konsequenz vollzogen. Die Oktoberrevolution war und blieb erfolgreich, weil sie „die Frage der Macht, ihre Eroberung und Festigung, als das Erste und Wichtigste erfaßte und entschied. Der alte Staat wurde zerschlagen. Mit der Sowjetmacht wurde ein völlig neuer Staat in der Geschichte geschaffen, der die Diktatur des Proletariats verwirklichte.“²⁾

Lenin setzt allen illusionären Vorstellungen, setzt dem reformistischen Aberglauben an den bürgerlichen Staat entschieden entgegen: „Den bürgerlichen Staat kann nur die Revolution aufheben.“³⁾ Die Geschichte hat den Wahrheitsgehalt auch dieser Worte Lenins nachdrück-

lich bewiesen. Geschichte und Gegenwart verdeutlichen, daß sich der imperialistische Staat keineswegs zu einem „Wohlfahrtsstaat“, „Gemeinwohlstaat“, „Sozialstaat“, „sozialen Rechtsstaat“ transformiert.

Er begründet, daß das Proletariat sich eigene Institutionen, Formen, Methoden der Staatlichkeit schaffen muß, die seiner materiellen Lebensfähigkeit, seiner historischen Aufgabenstellung entsprechen. Die Geschichte zeigt, daß die Arbeiterklasse in den sozialistischen Ländern auch in dieser Frage ein hohes Maß an Schöpferkraft entwickelt hat. In keinem Fall hat sie sich ideologisch von den Momenten bürgerlicher Staatlichkeit und bürgerlicher Demokratie fesseln lassen – dies zu betonen ist besonders wichtig, da es früher und auch gegenwärtig nicht an Versuchen mangelt, sich vor den Institutionen bürgerlicher Staatlichkeit und bürgerlicher Demokratie zu verbeugen, sie zum Maß aller Dinge zu erheben. Eine solche Verabsolutierung mißachtet – bewußt oder unbewußt – den engen Zusammenhang von ökonomischen und politischen Verhältnissen, die Einheit von Inhalt und Form, das Klassenwesen dieser Institutionen.⁴⁾

Es liegt in der Natur des Klassenkampfes, daß Lenins Werk „Staat und Revolution“ zum bevorzugten Objekt der Spekulation imperialistischer Ideologen aller Schattierungen geworden ist. Antimarxistische Konstruktionen unterstellen – z. B. demagogisch, die Politik der Festigung des sozialistischen Staates beim Aufbau der kommunistischen Formation sei unvereinbar mit der „klassischen“ marxistischen Doktrin vom Absterben des Staates. Der so entstellte Marxismus wird als die „wahre“ Theorie ausgegeben – einzig und allein, um die sozialistische Praxis als Abweichung von den „ursprünglichen“ marxistischen Ideen qualifizieren zu können. So wird versucht, durch Verfälschungen der Aussagen der Klassiker des Marxismus-Leninismus Rezepte zu offerieren, die den sozialistischen Staat schwächen, seine aktive Rolle beim Aufbau der kommunistischen Formation vermindern sollen.

Lenin hat die Frage nach dem Schicksal des Staates nicht im Zusammenhang mit einer bestimm-

ten Situation, sondern im welt-historischen Sinne gestellt. Er macht dieses Absterben vom Entwicklungstempo der höheren Phase des Kommunismus abhängig; er betont, daß der Prozeß des Absterbens von langer Dauer ist: „Zum vollständigen Absterben des Staates bedarf es des vollständigen Kommunismus.“⁵⁾ Er verbindet die Frage des Abster-

Prof. Dr. sc. Ingo Wagner und Doz. Dr. sc. Günter Baranowski beschäftigen sich in diesem UZ-Beitrag mit der Lebenskraft des Staatsdenkens Lenins, dessen Werk „Staat und Revolution“ vor 60 Jahren vollendet wurde. Die Autoren weisen in ihrem Beitrag nach, daß Lenins staats-theoretische Auffassungen nichts von ihrer Aktualität verloren haben und auch künftig Richtschnur für Theorie und Praxis des sozialistischen Staates sind.

Entwicklung unabweislich zum Absterben des Staates führen wird. Der Staat entstand gesetzmäßig auf einer bestimmten Stufe der Gesellschaftsentwicklung als Produkt und Äußerung der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze. Auf einer anderen Stufe, nach der Verwirklichung der historischen Mission der Arbeiterklasse auf der ganzen Welt, wird



er durch die kommunistische gesellschaftliche Selbstverwaltung abgelöst. Die KPdSU hat in Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Staatstheorie die Notwendigkeit des Staates bis zum vollständigen Sieg des Kommunismus begründet. Wenn Lenin in „Staat und Revolution“ davon spricht, daß das Proletariat nur einen „absterbenden“ Staat benötigt, d. h. einen Staat, der so beschaffen ist, daß er „sofort abzusterben beginnt und zwangsläufig absterben muß“, so hat er etwas ganz anderes im Sinne, als die sozialistische Staatlichkeit etwa abzubauen oder schwächen zu wollen. Lenin spricht hier vom Beginn des Absterbens als Beginn einer ganzen Epoche; diese wird eingeleitet durch die Zerschlagung des bürgerlichen und die Errichtung des sozialistischen Staates. Mit dem „absterbenden“ Staat charakterisiert Lenin die historische neue Qualität des sozialistischen Staatswesens. Er begründet die Ent-

gegensetzung des sozialistischen Staates zur Staatlichkeit der Ausbeuterformationen.

In „Staat und Revolution“ begründet Lenin den gesetzmäßigen Zusammenhang von sozialistischer Staatlichkeit und sozialistischer Demokratie. Je „größerer Anteil das gesamte Volk an der Ausübung der Funktionen der Staatsmacht hat, um so weniger bedarf es dieser Macht.“⁶⁾ Es ist ein Grundelement des Leninschen Staatsverständnisses, daß der Entwicklungsprozeß zum Kommunismus hin sich nur über die aktive Teilnahme der Arbeiter, Bauern und aller anderen Werktätigen an der Ausübung der sozialistischen Staatsmacht vollziehen kann. Die Geschichte der sozialistischen Staatlichkeit bestätigt diesen Zusammenhang voll und ganz. Insbesondere die jüngsten Parteitage der KPdSU und der SED haben hierzu weitere konkrete Orientierungen entwickelt. So ist im Programm der SED als Grundsatz formuliert: „Die Hauptrichtung, in der sich die sozialistische Staatsmacht entwickelt, ist die weitere Entfaltung und Verwirklichung der sozialistischen Demokratie.“⁷⁾ Diese Orientierung, schöpferische Verwirklichung des Leninschen Staatsdenkens, entspricht der gesetzmäßigen Entwicklung der sozialistischen Staatsmacht, ihrer objektiven Entwicklungsdialektik. Sie ist auf die Festigung des sozialistischen Staates gerichtet.

Der Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU „Zum 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ charakterisiert den Sozialismus als „Gesellschaft des realen Humanismus“, als „Gesellschaft des sozialen Optimismus“, als „Gesellschaft der befreiten Arbeit, der wahren Demokratie, der wirklichen Freiheit der Persönlichkeit der fortgeschrittensten Wissenschaft und Kultur“.⁸⁾ Auch der Entwurf der neuen sowjetischen Verfassung⁹⁾ ist in beeindruckendem Maße von den humanistischen Grundwerten des Sozialismus von den Prinzipien der sozialistischen Demokratie durchdrungen.

Der Verfassungsentwurf charakterisiert deutlich die Züge des Staates der entwickelten sozialistischen Ge-

sellschaft. Dieser Staat, der sozialistische Staat des gesamten Volkes, entwickelt sich organisch aus dem sozialistischen Staat der Diktatur des Proletariats. Er führt das Werk der Diktatur des Proletariats unter neuen historischen Bedingungen fort. Natürlich trägt auch dieser Staat Klassencharakter, ist er Organ der Klassenmäßigen Leitung der Gesellschaft durch die Arbeiterklasse, verkörpert er die staatliche Führung der Gesellschaft durch die Arbeiterklasse.

Der entscheidende Faktor hierbei ist die wachsende Führungsrolle der Arbeiterklasse und der kommunistischen Partei im politischen System der Sowjetgesellschaft. Und dies entspricht völlig dem Leninschen Staatsdenken wie es in den Grundzügen in „Staat und Revolution“ ausgedrückt ist. Die staats-theoretischen Anschauungen Lenins haben in der Vergangenheit ihre Lebenskraft bewiesen; sie werden auch künftig Richtschnur für Theorie und Praxis des sozialistischen Staates sein.

Anmerkungen

- 1) W. I. Lenin, Werke, Bd. 25, Berlin 1960, S. 459.
- 2) Aufruf zum 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, ND v. 25. 2. 1977, S. 1.
- 3) W. I. Lenin, a. a. O., S. 410.
- 4) Vgl. hierzu auch die Rede Lenins auf dem I. Kongreß der Kommunistischen Internationale im März 1919, in: W. I. Lenin, Werke, Bd. 20, Berlin 1959, S. 478.
- 5) W. I. Lenin, Werke, Bd. 25, Berlin 1960, S. 483.
- 6) W. I. Lenin, a. a. O., S. 415.
- 7) W. I. Lenin, a. a. O., S. 432.
- 8) Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1976, S. 41.
- 9) ND vom 4. 2. 1977, S. 4.
- 10) Vgl. Presse der Sowjetunion, Nr. 24/1977, S. 1 II.

Deine Begegnung mit der Sowjetunion

Mit dieser Ausgabe wird nach der Sommerpause die gemeinsame Leseraktion mit dem DSF-Kreisvorstand, der UGL, der FDJ-Kreisleitung und der UZ-Redaktion fortgesetzt. Wir bitten vor allem unsere Wissenschaftler und Nachwuchswissenschaftler, die in der Sowjetunion studiert oder ein Zusatzstudium absolviert haben, um ihre Wortmeldung. Mit dem Beitrag von Dr. Bernhard Schulze von der Sektion TAS startet UZ den 2. Teil der Leseraktion „Deine Begegnung mit der Sowjetunion“.

Während die Kooperation auf den Gebieten der Sprach- und Übersetzungswissenschaft und der Fremdsprachenmethodik zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen der UdSSR und der DDR bereits gut entwickelt ist, kann eine solche positive Bilanz noch nicht für alle an der Fremdsprachenausbildung beteiligten Disziplinen gezogen werden. Letzteres gilt auch für die Landeskunde, einem integralen Bestandteil des Sprachmittler- und Sprachlehrerstudiums. Ein Ziel meines 10monatigen Zusatzstudiums bestand daher darin, die jahrzehntelangen Erfahrungen sowjetischer Fremdspracheninstitute in der Landeskundenausbildung zu studieren, über die Landeskunde in der DDR zu informieren und die Möglichkeiten für wissenschaftliche Gemeinschaftsprojekte zu sondieren. Die sowjetische Hauptstadt bot günstige Voraussetzungen für die Realisierung meines Studienauftrages. Trotzdem war es nicht einfach, die führenden Landeskundler kennenzulernen, da über die selbständige Disziplin Landeskunde, ähnlich wie in der DDR, in der Sowjetunion vorläufig kaum publiziert wird. Doch ich hatte Glück. Dank der Unterstützung von Professor Dr. Timirbajew, dem ehemaligen Leiter des Lehrstuhls allgemeine Gesellschaftswissenschaften beim Puschkin-Institut Moskau, kamen die notwendigen Kontakte schnell zustande. Die Informationsbesuche an wissenschaftlichen Einrichtungen waren für den praktischen Landeskundeunterricht an der Sektion TAS ertragreich; denn die verschiedenen Ausbil-

dungsprofile in der Sowjetunion arbeiten nach unterschiedlichen Lehrprogrammen, Methoden und Verfahren. Die Arbeiten des vor 10 Jahren gegründeten Sektors Linguolandeskunde des Puschkin-Instituts sind international seit langem bekannt, sie vermitteln jedoch nur indirekt Anregungen für die selbständige Disziplin Landeskunde. Um die wissenschaftstheoretische Lücke, die zwischen dem landeskundlichen Prinzip und der Disziplin Landeskunde klappte, zu schließen, wurde der

mann für Geschichte und Kultur des betreffenden Volkes besonders wertvoll. In meinem Kollegen Felix Gretzki lernte ich einen hervorragenden Landeskunde-Experten und prächigen Kommunisten kennen. Er war in der Lage, Ursachen für bestimmte Prozesse aufzudecken, half Zuzufälliges vom Typischen zu unterscheiden und unterstützte so die Korrektur von vorhandenem Falschem und die Bildung richtiger Vorstellungen. Unvergessen bleibt mir die ernsthafte Fachsinnlichkeit, zu der

Lohnendes Zusatzstudium

Lehrstuhl im vergangenen Jahr gegründet, bei dem ich als Zusatzstudent akkreditiert war. In diesem jungen Kollektiv sowjetischer Historiker fanden meine 4 Vorträge über gesellschaftliche und hochschulpolitische Entwicklungsprobleme unserer Republik aufmerksame Zuhörer, meine Wünsche und Fragen aufgeschlossene Gesprächspartner. Insbesondere mit einem erfahrenen Landeskundler dieses Lehrstuhls entwickelte sich im Laufe der Zeit eine enge persönliche Bekanntschaft, die über den Rahmen offizieller wissenschaftlicher Konsultationen hinausging. Da der Landeskundler von Berufs wegen die Erscheinungen in einem fremden Land noch mit anderen Augen betrachtet als die übrigen Ausländer, ist das freimütige Gespräch mit einem Fach-

er mich an einem Sonnabendmorgen in seine komfortable Wohnung eingeladen hatte. Das Gespräch berührte theoretische Fragen der Landeskunde, erstreckte sich auf aktuelle politische Ereignisse und auf die Erklärung von Alltagsercheinungen in der Sowjetgesellschaft. Genossen Gretzki's Auffassungen zur Praxis der sowjetischen Nationalitätenpolitik, zu den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen waren nicht nur interessant, sondern auch lehrreich. Der DDR-Bürger, der mit Sowjetmenschen nähere Bekanntschaft schließt, empfindet ein Gefühl des Stolzes auf sein Vaterland, wenn er spürt, daß den Leistungen seines Volkes von sowjetischer Seite hohe Anerkennung gezollt wird. Auch die Landeskundler der UdSSR verfolgen

mit regem Interesse die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in unserer Republik. Die vielen Diskussionen und Gespräche fanden erhellenderweise einen konkreten Niederschlag in der Vereinbarung, den Dialog auch nach Beendigung meines Zusatzstudiums fortzusetzen und zu vertiefen. Eine Einladung liegt vor, auf einer Ende November stattfindenden deutsch-sowjetischen Landeskundekonferenz mit einem Vortrag aufzutreten. Wenn die Belastungen eines 10monatigen Zusatzstudiums für einen älteren Wissenschaftler und seiner in der Republik zurückbleibenden Familie auch nicht zu übersehen sind, fallen sie doch nicht gegenüber den Vorteilen ins Gewicht. Vom hohen Leistungsstand der Sowjetwissenschaft kann bei der Aufgeschlossenheit der sowjetischen Kollegen jeder Zusatzstudent profitieren, wenn er die russische Sprache wenigstens in dem Grad beherrscht, die eine fachliche Diskussion ermöglicht. Die wichtigste Schlußfolgerung aus meinem Aufenthalt und meinen Erlebnissen in der UdSSR, aus der mir von unserem Staat großzügig gewährten Qualifikationsmöglichkeit, ist die: die angeknüpften wissenschaftlichen und persönlichen Kontakte auszubauen und Kurs auf eine kontinuierliche wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen sowjetischen und DDR-Landeskundlern zum beiderseitigen Nutzen unserer Disziplin zu nehmen. Dr. Bernhard Schulze, Sektion TAS